



Auf der Münchner Sicherheitskonferenz hat J. D. Vance am 14. Februar 2025 den versammelten politischen Entscheidungsträger:innen die Leviten gelesen. Er warf den europäischen Regierungen vor, den Volkswillen nicht zu achten, politische Mehrheiten zu ignorieren, „undemokratische Brandmauern“ zu errichten und Entscheidungen von Verfassungsgerichten einen Vorrang gegenüber dem Willen der Wähler:innen einzuräumen. Er sah Europa am demokratischen Scheideweg. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius konterte als erster auf die Rede des US-Vizepräsidenten und verwahrte sich sogleich entschieden gegen diese Bewertungen sowie die damit verbundenen Einmischungen in den damals noch laufenden Wahlkampf in Deutschland. In Europa, so Pistorius, sei die Demokratie alles andere als gefährdet, und alle Meinungen könnten sich frei und gleich artikulieren – auch diejenigen extremistischer Parteien.

Auf der Sicherheitskonferenz hatte man eigentlich grundsätzliche Aussagen zur Neujustierung des transatlantischen Verhältnisses, zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine und zur NATO erwartet. Dass es grundsätzlich um die Demokratie in Europa – und die Demokratie in den USA – ging, machte aber unübersehbar, wie sehr die allgegenwärtige Rede von der Krise der Demokratie mittlerweile die gesamte Welt in Atem hält.

Wenn man die jüngeren Debattenbeiträge und die einschlägigen Monografien etwa von Eva Illouz (2017) und Philip Manow (2020; 2024) in den Blick nimmt, wird der schwierige Spagat zwischen „liberalem“ und „elektoralem“ Demokratieverständnis deutlich, der gegenwärtig viele Debatten kennzeichnet. Der Betonung liberaler Abwehrrechte, des individuellen Minderheitenschutzes,

Demokratien am Scheideweg

der Einschränkung des Exekutivhandelns, der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltenteilung steht die Akzentuierung der Volkssouveränität und eines majoritären Verständnisses des Demokratiekonzepts gegenüber. In den großen Reden zu 75 Jahren Grundgesetz im Mai 2024 oder zur ersten konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages im September 2024 lässt sich immer wieder ein Rekurs auf die „liberale Demokratie“ finden, die zu verteidigen sei; ein Begriff, den vor zwei Jahrzehnten noch niemand im Munde führte. Manow weist darauf hin, dass „liberale Demokratie“ erst seit den 1990er-Jahren langsam zu einem Modewort geworden ist; und er äußert den Verdacht, dass dies auch Ausdruck einer ideologischen Verwendung sein könnte. Anders als das Grundgesetz, das keine „liberale Demokratie“ kennt, sondern einen „demokratische[n] und soziale[n] Bundesstaat“ (Art. 20 Abs. 1 GG) profiliert, könnte die hartnäckige Betonung des „Liberalen“ an der Demokratie darauf hindeuten, dass die Thematisierung von Verteilungsfragen und Debatten um Einschränkungen privater Verfügungsrechte aus dem Diskurs der Demokratie auszuklammern sei. Wer liberale Abwehrrechte, Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit politisch hervorhebt, kann sich damit „unangenehmer“ Fragen sozialstaatlicher Demokratie entledigen, die um die Finanzierung der sozialen und technischen Infrastruk-



Jonas Hagedorn



Regina Elsner

turen und der ökologischen Transformation sowie um progressive Besteuerung kreisen. Durch den dominanten Topos der liberalen Demokratie droht das „Soziale“ an der Demokratie in den politischen Hintergrund zu rücken. Eine Politik, die drängende Fragen angeht – darunter die notwendige Ausbalancierung sozialer Ungleichheitslagen, die Abfederung sozialer Verwerfungen (z. B. über ein sozial umverteilendes Klimageld) und die Finanzierung staatlich zu sichernder Infrastrukturen –, dürfte mit dem semantischen Rückgriff auf liberale Demokratie eher nicht angestoßen werden können. Und Menschen, denen die COVID-19-Pandemie, die Inflation und der allgemeine Preisanstieg schwer zugesetzt haben, dürften durch die Beschwörung des „Liberalen“ an der Demokratie ebenfalls kein Vertrauen in politische Institutionen und ein Gemeinwesen zurückerlangen können, das einmal auf den Ausgleich schwerer Lasten und die Sicherung sozialer Risiken ausgerichtet war und den breiteren Schültern aus guten Gründen mehr zumute als den schmaleren.

In Deutschland wird der wichtigste noch lebende öffentliche Intellektuelle der Bonner und Berliner Republik, Jürgen Habermas (2024), trotz aufkommender Zweifel, ob das Projekt der europäischen Moderne noch zu retten sei, nicht müde darauf hinzuweisen, „dass sich der normative Gehalt einer liberalen Demokratie unter Bedingungen einer kapitalistisch entwickelten Industriegesellschaft nur in Gestalt einer sozialstaatlichen Demokratie verwirklichen kann“ (59 f.). Dabei spielt er Liberalismus und sozialstaatsfreundlichen Republikanismus nicht gegeneinander aus, sondern verweist auf die „Gleichursprünglichkeit“ eines auf Grundrechten basierenden Rechtsstaats und eines auf politischen Mehrheiten gründenden elektoralen Demokratieverständnisses (vgl. 133).

Dass die „liberale Seite“ der Demokratie in den letzten Jahren stark akzentuiert wird, könnte aber auch mit der Entwicklung eines dezidiert illiberalen Konzepts zu tun haben, das sich seit den frühen 2000er-Jahren besonders in den Ländern Ost- und Mitteleuropas verbreitet hat. Jenseits wirtschaftlicher oder sozialer Diskurse haben politische Eliten etwa in Ungarn und Polen, vor allem aber in Russland und Belarus mit den Instrumenten der Demokratie Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt. So erklärte Viktor Orbán 2018, dass „eine christliche Demokratie per Definition keine liberale Demokratie“ (Orbán 2018) sein könne, sondern in ihren Kernprinzipien illiberal und gegen Migration, Multikulturalismus und Diversität gerichtet sei. Ganz abgese-

hen von der unhaltbaren Vereinnahmung des Christentums durch Orbáns Illiberalismus, zeigt sich darin auch ein Frontalangriff auf errungene Rechte, die mit der „liberalen Demokratie“ hochgehalten werden (Börzel/Zürn 2020).

Im vorliegenden Schwerpunktheft von *Amosinternational* sind mit den Artikeln und Interviews unterschiedliche Perspektiven auf Potenzial und Krise liberaler und elektoraler Demokratie(verständnisse) zusammengeführt: Den Anfang bilden grundsätzliche Überlegungen aus der Politischen Theorie von Dirk Jörke und Stefan Andreas Meyer (Darmstadt) zum „Duo infernale: Wie der liberale Antipopulismus den antiliberalen Populismus schürt und nährt“. Jörke und Meyer bieten eine klassentheoretische Erklärung für das Beharrungsvermögen rechtspopulistischer Positionen, denen moralische Empörung bisher nichts anhaben konnte. Die konsequente Bearbeitung sozialer Verteilungskonflikte, die in den letzten Jahrzehnten politisch unterbelichtet blieb, weisen sie als zielführender aus. An diesen Artikel schließt sich ein englischsprachiger Beitrag von Christopher Washnock (New York) an, der die Unterstützung thematisiert, die Trump und seine Partei u. a. aus dem weißen evangelikalen Spektrum erfahren, wobei den neuen digitalen Medien auch konfessionell gebundener Akteure eine besondere Bedeutung dabei zukommt, „alternative Fakten“ zu verbreiten. Das Interview mit dem evangelischen Studierendenpfarrer Lukas Pello (Cottbus) geht auf die Wahlerfolge der AfD in 2024 und die Arbeit von Kirchen-

gemeinden gegen eine für die Lausitz kennzeichnende rechte Normalität ein. Komplementär zum Beitrag von Christopher Washnock, der den US-amerikanischen Kontext beleuchtet, und zum Engagement der evangelischen Kirche in der Lausitz, das Lukas Pello beschreibt, thematisieren Josef M. Könning (Osnabrück) und Lea Quaing (Münster) Verbindungslinien zwischen katholischen Akteuren und der AfD im aktuellen politischen Diskurs in Deutschland. Dabei gehen sie vor allem beim Thema Gender und Familie von inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen den Lagern aus. Komplettiert werden die Länderporträts durch einen Blick auf die orthodoxen Kirchen als Akteure illiberaler Allianzen, insbesondere auf den Einfluss der Russischen Orthodoxen Kirche. Regina Elsner (Münster) zeichnet das Bild eines ideologischen Kampfes gegen die liberale Gesellschaftsordnung, dem ein unversöhntes Verhältnis zu Demokratie und Menschenrechten als spezifisch konfessionelle Konfliktstruktur zugrunde liege. Das englischsprachige Interview mit Neil Datta (Brüssel) beschreibt die Gefährdungslagen der Demokratien in Europa anhand mächtiger, auch digitale Infrastrukturen nutzender Netzwerke. Die Ausführungen des Sekretärs des Europäischen Parlamentarischen Forums für sexuelle und reproduktive Rechte, der besonders auf die Einflussnahme bestimmter Akteure und deren Bestreben eingeht, politische Mehrheiten gegen erkämpfte Standards europäischer Gesellschaften zu organisieren, beschließen das Schwerpunktheft zur Krisendiagnostik der Demokratien.

LITERATUR

- Börzel, Tanja A./Zürn, Michael (2020): Contestations of the Liberal Script. A Research Program, SCRIPTS Working Paper Series, No. 1, January 2020, Berlin.
- Habermas, Jürgen (2024): „Es musste etwas besser werden ...“ Gespräche mit Stefan Müller-Dooch und Roman Yos, Berlin.
- Illouz, Eva (2017): Vom Paradox der Befreiung zum Niedergang der liberalen Eliten, in: Heinrich Geiselberger (Hg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, Berlin, 93–116.

- Manow, Philip (2020): (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin.
- Manow, Philip (2024): Unter Beobachtung. Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde, Berlin.
- Orbán, Viktor (2018): Speech at the 29th Bálványos Summer Open University and Student Camp, 29 July 2018, online auf: <https://miniszterelnok.hu/prime-minister-viktor-orbans-speech-at-the-29th-balvanyos-summer-open-university-and-student-camp/>.